

Ermittlung nach taz-Recherchen

Die Generalstaatsanwaltschaft Naumburg hat ein Verfahren gegen die Preppergruppe „Zuflucht“ eingeleitet

Von **Sebastian Erb**
und **Christina Schmidt**

Im Zusammenhang mit der rechtsextremen „Zuflucht“-Preppergruppe, die sich auf einen „Rassenkrieg“ vorbereitete, wird nun offiziell ermittelt. Rund zwei Monate, nachdem die taz und die Plattform *LSA Rechtsaußen* Recherchen zu der Gruppe aus Sachsen und Sachsen-Anhalt veröffentlichten, hat die Generalstaatsanwaltschaft Naumburg ein Verfahren gegen mehrere Beschuldigte eingeleitet und das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt mit den Ermittlungen beauftragt. Es gehe um mutmaßliche Verstöße gegen das Waffengesetz und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, sagte der Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft der taz.

Auch in Sachsen, wo die meisten der Gruppenmitglieder wohnen, ist seit einiger Zeit eine Staatsanwaltschaft mit dem Fall befasst. In Leipzig laufen weiterhin Vorermittlungen,

erklärte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Leipzig gegenüber der taz. Es wird also geprüft, ob formal Ermittlungen eingeleitet werden. Ob das Vorgehen mit der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg abgesprochen wird, konnte der Sprecher nicht sagen.

Die Männer und Frauen der „Zuflucht“-Gruppe hatten sich im Jahr 2015 zusammengetan, um sich auf eine angeblich drohende Krise vorzubereiten. Sie bestimmten ein Dorf in Nord-sachsen als ihren Zufluchtsort und machten Überlegungen, dieses Dorf an einem „Tag X“ mit Waffengewalt zu unterwerfen. Die Gruppenmitglieder sprachen in den geleakten Facebook-Chats darüber, sich illegal zu bewaffnen und machen Schießübungen.

Die Ermittler in Sachsen-Anhalt beschäftigen sich vor allem mit mutmaßlich illegalen Trainings auf einer Schießanlage im Landkreis Wittenberg, die im fraglichen Zeitraum keine Betriebserlaubnis hatte. Eigentlich

sollte die Schießhalle kürzlich nach einer Renovierung wiedereröffnen, der Antrag wurde bislang allerdings nicht genehmigt. Normalerweise ist dafür der Landkreis zuständig, in diesem Fall muss nun aber auch das Landesverwaltungsamt zustimmen, sagte eine Sprecherin des Landkreises.

Ob die Waffenbehörde eigene Überprüfungen zu dem Vorfall anstellt, der inzwischen auch den Landtag von Sachsen-Anhalt beschäftigt, konnte die Sprecherin nicht sagen. Die Waffenbehörde erteilt die Genehmigung, Waffen zu besitzen, und kann diese auch entziehen. Einer, der auf dieser Anlage geschossen hat, ist das „Zuflucht“-Mitglied Michael S., wie die anderen Männer der Gruppe ein „Alter Herr“ der Burschenschaft Gemania Leipzig. Bis vor Kurzem hat er für einen AfD-Abgeordneten im Bundestag gearbeitet. Nach den Enthüllungen über die Preppergruppe wurde S. gekündigt. Er ist Hauptmann der Reserve der Bundeswehr und hat

seit Jahren in der sächsischen Landesgruppe des Reservistenverbandes ein Funktionärsamt.

Ein anderer der Prepper war im Frühjahr als Reservist im Corona-Krisenstab eines Landkreises eingesetzt. Der Reservistenverband hat angekündigt, die Männer aus dem Verband ausschließen zu wollen. Die Männer werden inzwischen nicht mehr als Reservisten eingesetzt.

Folgen hatten die Veröffentlichungen auch für Eheleute aus der Gruppe, die sich in Nord-sachsen als Pflegeeltern und in der Kommunalpolitik engagierten und sich in den internen Chats rassistisch und gewaltverherrlichend äußerten. Ihr Engagement haben die beiden laut *Leipziger Volkszeitung* nun beendet. Neben den Ermittlungsbehörden haben sich nach der taz-Veröffentlichung auch das Bundesamt für Verfassungsschutz, der Militärische Abschirmdienst und die Nachrichtendienste der betroffenen Bundesländer mit der Gruppe und ihren Mitgliedern beschäftigt.